

Kleeblatt für Baden, Kaktus für Aargau

Autor(en): **Bänziger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaersblätter**

Band (Jahr): **85 (2010)**

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-325012>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kleeblatt für Baden, Kaktus für Aargau

Von Werner Bänziger, Baden. Er ist Lehrer an der Kantonsschule Wettingen.

Ob ein Kleeblatt ein Kleeblatt ist oder vielleicht doch eher ein Kaktus, war 2009 keine botanische Frage. Was die vom abgewählten Regierungsrat Rainer Huber forcierte Bildungsreform bezweckte, blieb bis zum Schluss umstritten: Derweil die einen im Bildungsvorhaben ein ambitioniertes und mutiges Projekt sahen, erkannten andere in ihm den Inbegriff alles Schlechten. Auffallend an den Auseinandersetzungen war, wie tief in der Abstimmungsschlacht in die Mottenkiste vaterländischer Argumente gegriffen wurde. Der Untergang der Familie wurde prophezeit, «Staatskinder» befürchtet, den Promotoren des Kleeblatts wurde generell eine «gleichmacherische Tendenz» unterstellt. Das Ergebnis der Abstimmung vom 17. Mai 2009 ist paradox: Wichtig wurde die Eingangsstufe mit 35 Prozent Ja gegen 65 Prozent Nein verworfen, ebenso die Schulstrukturen mit 41 Prozent Ja gegen 59 Prozent Nein, etwas knapper die Tagesstrukturen mit 48 Prozent Ja gegen 52 Prozent Nein, der Sozialindex schliesslich fand mit 44 Prozent Ja gegen 56 Prozent Nein Ablehnung.

Monströses Umbauprojekt ...

Völlig untergegangen ist in der für hiesige Verhältnisse selten kontrovers geführten Diskussion, dass dem «Kleeblatt» eine saubere Analyse vorangegangen war. Mitnichten hatte sich eine Bildungsbürokratie aus eigenem Antrieb in Bewegung gesetzt, um ein monströses Umbauprojekt voranzutreiben. Fakt war und ist, dass die Heterogenität im Kindergartenalter massiv zugenommen hat und die Förderung der einzelnen Kinder nicht mehr optimal erfolgt, Fakt ist ebenfalls, dass die bestehenden Schulstrukturen zu einer «Restschule Real» geführt haben, welche in keiner Weise mehr den Anforderungen gerecht wird. Unbestritten hätte auch sein müssen, dass Tagesstrukturen Not tun – wer weibliche Erwerbstätigkeit und Familienbetreuung unter einen Hut bringen will, hat hierzulande ein schweres Los. Der Sozialindex war die Antwort auf bestehende «Ghettoschulen». Wer argumentiert, dass solche Schulen erst durch den Sozialindex hervorgerufen würden, hat ein Wahrnehmungsproblem.

... oder notwendiger Eingriff ins überkommene Schulwesen?

Im Rückblick ist die Frage zu stellen, warum die «Realitätsverweigerung» so viel Zuspruch fand. Gewiss, das Vorhaben war komplex und nicht in allen Konsequenzen überblickbar, dennoch musste den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bewusst gewesen sein, dass der Aargau den Grundsatz der Schulharmonisierung bereits einmal bejaht hatte: 2006 betrug die Zustimmung zum Bildungsartikel satte 80 Prozent. Die Schulreformen sind mit dieser Abstimmungsentscheid nicht vom Tisch, verabschieden musste man sich indes von der Illusion, im Rahmen der Harmonisierung könnten weitere Reformschritte in Angriff genommen werden. Ein Aargau, der mutig vorangeht – darauf werden wir wohl weitere Jahrzehnte warten. Doch das schweizerische System der Subsidiarität eröffnet den Kommunen grosse Spielräume. In Baden werden sie genutzt –

Baden – allein auf weiter Flur

Die Abstimmungszahlen des Bezirks Baden und der Stadt Baden unterscheiden sich signifikant von jenen des Kantons Aargau. Für die Eingangsstufe sprachen sich in Baden 55,6 Prozent (Ennetbaden 61,6%; Wettingen 41,8%) aus, für die Oberstufenreform 60,7 Prozent (66,8%; 48,1%), für die Tagesstrukturen 69,9 Prozent (81,5%; 57,3%) und den Sozialindex 64,4 Prozent (73,5%; 51,2%). In Baden sind sämtliche «Kleeblätter» angenommen worden, in Ennetbaden war die Zustimmung sogar überragend, in Wettingen aber fanden immerhin noch zwei der vier Vorlagen Unterstützung. Über die Deutung dieser Resultate kann man sich streiten. Sie haben gewiss mit der Urbanität des Ostaargaus und der Nähe zu Zürich zu tun, aber auch mit einer Schulpolitik, die in vielen Bereichen fortschrittlicher war und ist als anderswo. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Tagesschule Baden, welche 2009 ihr zehnjähriges Jubiläum feiern durfte. Die Stadt Baden kann sich glücklich schätzen, dieses Vorzeigeprojekt bereits zehn Jahre vor der Kleeblattabstimmung initiiert zu haben. Wer sich an den Jubiläumsfeierlichkeiten im Mai 2009 umsah, erkannte, was hervorragende Schulen kennzeichnet: gut ausgebildete, engagierte Lehrkräfte und tragfähige finanzielle, institutionelle Strukturen.

Grün im Aufwind

Themenwechsel: Die mit Spannung erwarteten Grossratswahlen 2009 erbrachten bemerkenswerte Veränderungen. Im Bezirk Baden wurden folgende Resultate erzielt: SVP 8 (0), SP 4 (-3), CVP 6 (-1), FDP 4 (-1), Grüne 3 (+1), EVP 1 (0), SD 1 (+1), BDP 1 (+1) und GLP 2 (+2). Wie sich das neue Wahlverfahren, der «doppelte Puckelsheimer», auswirkt, ist nun bekannt. Vorab die kleinen Parteien haben massiv zulegen können. Dass die klassischen Parteien dafür einen Preis zu entrichten

hätten, ist erwartet worden, bemerkenswerterweise traf es aber nicht die SVP, die durch die Kandidatur der BDP speziell gefährdet schien. Obwohl die «Blocher-Partei» im Grossen Rat nicht durch Leistungen auf sich aufmerksam gemacht hatte, sind die klassischen Mitteparteien und die SP abgestraft worden. Vom Muster her erinnert das an die Abwahl von Rainer Huber: Wer sich vorwagt und Ideen umsetzt, muss um die Wiederwahl bangen. Der kluge Republikaner wird sich kleiner machen, als er ist. Besonders erfolgreich sind jene, welche Sündenböcke zu präsentieren verstehen. In Zeiten der Orientierungslosigkeit wird das geschätzt.

«Wettingen ist Wettingen»

Markus Dieth (CVP), der Stadt-, pardon: Gemeindeammann aus Wettingen, und Stephan Attiger (FDP), Stadtammann aus Baden, sind im März 2009 in den Grossen Rat gewählt worden. Die beiden scheinen zueinander einen guten Draht zu haben, wenngleich die Ausgangssituation recht unterschiedlich ist. Derweil Stephan Attiger als Stadtpräsident wirken darf und muss, mag das Wettinger Stimmvolk von der Stadtwerdung nichts wissen. Am 17. Mai 2009 verwarf die Gemeinde mit 3802 Nein gegen 1950 Ja eine entsprechende Vorlage. Das «grösste Dorf» des Kantons hängt an seinem Label. Wenn der Eindruck nicht trügt, werden die Badener die Wettinger bald auch bevölkerungsmässig übertrumpfen – der Zusammenschluss mit Neuenhof ist auf gutem Weg. «Wettingen, die Perle» (Markus Dieth) bleibt damit, was es immer war: ein nach Baden ausgerichtetes Dorf.

Prinzip Hoffnung

Die Verkehrsproblematik beschäftigte die Region im Berichtsjahr nachhaltig. Zu einem beliebten Gesellschaftsspiel scheinen sich die «Tunnelphantasien» zu entwickeln. Wer die Badener Klus und ihre Umgebung in Kartenform vor sich liegen hat, weiss, was hier angedeutet wird: Unzählige Möglichkeiten, naheliegende und exotische, gäbe es, um den mobilen Verkehr im Berg zu entsorgen. Unter dem Titel «Welcher Tunnel soll es denn sein?» veröffentlichte die «Aargauer Zeitung» Ende Mai 2009 einen Beitrag zum Stand der Dinge. Dem Leser offenbart sich ein wirres Muster farbiger Linien, das zum Mitmalen einlädt. Einen Grundkonflikt vermögen indes alle Tunnelpläne und -wünsche nicht zu beheben: Irgendwann und irgendwo wird die Verkehrslawine wieder ans Tageslicht gelangen. Wenn die Kapazität der Parkhäuser massiv ausgebaut wird, braucht man sich über die Kapazitätsprobleme des Strassennetzes nicht zu wundern – das eine ergibt sich aus dem anderen.

Brennpunkt Schulhauskreuzung

In der Schulhauskreuzung verdichtet sich die ganze Problematik. Kaum eine Tagesstunde gibt es, zu der nicht auf allen Seiten Fahrzeuge auf Durchlass warten: Der automobilistische Zutritt zur Stadt Baden muss erdauert werden. Nachdem sich der Kanton von Kreiseldarstellungen aller Art verabschiedet hat, wird nun eine Variante angestrebt, die vorab den öffentlichen Verkehr bevorzugt. Dieser soll mit einem kürzeren Tunnel unter der Schulhauskreuzung Richtung Bahnhof geschleust werden. Die ganz grosse Lösung ist das nicht, vor allem keine, welche das Problem nachhaltig entschärfen könnte. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Das Problem ist der ungezügelter automobile Zugang zur Innenstadt. Die «Piazza Insalata» wird auch in Zukunft bleiben, was sie heute ist: ein Knotenpunkt, der die Widersprüche einer Verkehrspolitik offenbart, die alle Wünsche erfüllen möchte.

Wer mit wem?

Wer mit wem zusammenspannen will und soll, war das dominante Thema des Bezirks Baden im Berichtsjahr. Dass der Zusammenschluss der beiden Gemeinden Baden und Neuenhof auf gutem Weg ist, wurde bereits angedeutet. Angesichts der bestehenden Bandstadt Zürich–Baden, mehr und mehr zerfliessenden Grenzen zwischen Agglomerationsgemeinden und Zentrumsörtlichkeiten stellt sich generell die Frage, ob die Strukturen der Neuzeit heutigen Anforderungen noch gewachsen sind. Das ist die eine Seite. Die andere: Identifikation mit dem Wohnort mag soziologisch einen weichen Faktor darstellen, sie ist aber das A und O, wenn es um die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger geht. Was ökonomisch Sinn macht, ist politisch nicht zwingend durchsetzbar. Die Behauptung sei gewagt: Wir Schweizerinnen und Schweizer lieben und schätzen das Überblickbare, das Lokale, weil wir in so vielen anderen Bereichen den Überblick verloren haben respektive verloren geben mussten. Dieser Anpassungsprozess war schmerzvoll, man denke nur an die Verunsicherung, welche die Umwandlung der BBC in die globalisierte ABB zur Folge hatte. Das Gefühl der Fremdbestimmung ist uns nur zu gut vertraut. Insofern sind Gemeindegemeinschaften behutsam anzugehen.

Wird Neuenhof ein Stadtteil Badens?

Das nötige Fingerspitzengefühl kann man den Gemeinden Baden und Neuenhof nicht absprechen. Die getroffenen Abklärungen haben eine solide Basis. Am 27. Februar 2009 liess Projektleiter Peter Züllig in der AZ verlauten, man sei im Zeitplan gut unterwegs. Die Analyse von 18 Teilprojekten hat gezeigt, dass eine klassische Win-Win-Situation zu erwarten ist: Baden wird keineswegs nur Belas-

tungen zu übernehmen haben, Neuenhof ist nicht alleine Bittsteller. Entsprechend waren die Reaktionen: Widerstand zeigte sich bisher an den verschiedenen Informationsveranstaltungen nicht. Wahrlich, es könnte gelingen.

Gut statt besser

Am 23. August 2008 wurde in der AZ über Ehegelüste zwischen Baden und Ennetbaden berichtet, am 19. Februar 2009 fand die Zentrumsstadt Baden Darstellung. Am 17. März 2009 wurden mögliche Szenarien der Gemeindelandschaft des Bezirks dokumentiert. «Die Kooperationen von Gemeinden werden immer unübersichtlicher» titelte die AZ am 21. März 2009. «Einst Rivalen – heute Partner» lautete der Titel eines grossen Interviews mit Stephan Attiger und Markus Dieth am 2. Mai 2009. Die Berichte zu den Gemeindezusammenschlüssen und -kooperationen mögen hier stellvertretend für einen Umstand stehen, der nur subjektiv angesprochen sei: Die AZ ist besser geworden, viel besser, zwischendurch sogar gut. Wie oft hat man sich als Leser in den letzten Jahren gefragt, warum die AZ-Redaktorinnen und -Redaktoren dieses oder jenes Thema verschlafen. Davon kann in letzter Zeit nicht mehr die Rede sein, der Anteil relevanter, auf Eigenrecherche beruhender Artikel ist markant gestiegen. Dürfen wir hoffen, dass endlich und auf Dauer das Versprechen eingelöst wird, welches bei der Lancierung der AZ vor 14 Jahren gegeben wurde? Eine lokale Zeitung am Puls der Zeit würden wir uns gerne gefallen lassen ...